

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886345 ppbr d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB
zur Erklärung der Bundesjustizministerin, für einen besseren Schutz von Kindern eintreten zu wollen: Ankündigungen reichen nicht.

Seite 1

Walter Kolbow MdB zur Diskussion um militärische Einsätze im zerfallenen Jugoslawien: Frieden kann nicht militärisch erzwungen werden.

Seite 2

Ilse Janz MdB zum Erfordernis einer zukunftssträchtigen Fischereipolitik: Was sind die Fischer Bonn wert?

Seite 3

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer MdL zur Absicht Bayerns, mit 'Hilfsheriffs' Sicherheit zu gewährleisten: Wildwest-Praktiken im Freistaat.

Seite 4

47. Jahrgang / 153

12. August 1992

Ankündigungen reichen nicht

Zur Erklärung der Bundesjustizministerin, für einen besseren Schutz von Kindern eintreten zu wollen

Von Wilhelm Schmidt MdB
Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist ganz gut und schön, wenn die neue Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger veröffentlichen läßt, daß sie für einen besseren Schutz von Kindern vor Prügel und seelischen Mißhandlungen eintreten und dafür auch das Bürgerliche Gesetzbuch ändern will.

Die von der Ministerin wiederholten Argumente für ein solches Vorgehen liegen seit Jahren auf dem Tisch, viele hunderttausend Mißhandlungsfälle in jedem Jahr zeugen von der immer noch falschen Grundhaltung vieler Eltern und Erzieher/innen, daß Prügel und seelische Grausamkeiten richtige und wirksame Erziehungsmethoden sind.

Seit den Kinderschutztagen 1989 liegt ein Gesetzentwurf zur Änderung des Paragraphen 1631 Abs. 2 BGB vor, der auch von der "Gewaltkommission" in ihrem der Bundesregierung im Dezember 1989 vorgelegten Gutachten gestützt wird und der von der Bundestags-Kinderkommission seit 1991 in die parlamentarische Arbeit übergeleitet worden ist. Auch die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes, die der Bundestag Ende 1991 ratifiziert hat, sieht in ihrem Artikel 19 Absatz 1 vor, daß die Vertragsstaaten dafür sorgen, "daß Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Mißhandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Mißbrauchs zu schützen."

Aus all diesen Gründen lautet der von der Bundestags-Kinderkommission einstimmig vorgelegte Vorschlag zur Änderung des Paragraphen 1631 (2) BGB wie folgt: "Kinder sind gewaltlos zu erziehen. Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen, insbesondere körperlich oder seelisch verletzende Strafen, sind unzulässig."

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Umwelt
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Dies würde eine Präzisierung des jetzt geltenden Rechts und eine konkrete Abkehr von der jetzt immer noch möglichen leichten Prügelstrafe und von seelisch belastenden Erziehungsmethoden herbeiführen, ohne dabei eine allgemeine Ausweitung der Kriminalisierung gegenüber Eltern und Erzieher/innen zu schaffen. Ein besonnener und zugleich die Rechtssicherheit verbessernder Weg. Also, Frau Leutheuser-Schnarrenberger: Die Zeit der Ankündigungen ist vorbei, auch in dieser Sache. Gefragt sind in Anbetracht der immer drängenderen Probleme konkrete Lösungen. Eine Prüfung der auf dem Tisch liegenden Vorschläge ist überfällig und ein Hinweis darauf, daß das Ministerium "noch in dieser Legislaturperiode" einen Gesetzesvorschlag vorlegen werde, ist mehr als unzureichend!

(-/12. August 1992/rs/fr)

Frieden kann nicht militärisch erzwungen werden
Zur Diskussion um militärische Einsätze im zerfallenen Jugoslawien

Von Walter Kolbow MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Jedes militärische Eingreifen zur Lösung des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien muß ein untaugliches Mittel sein. Nicht nur Experten wissen, was bei einem Einsatz von Bodentruppen herauskäme: ein endloser Partisanenkrieg, ein zweites Vietnam auf dem Balkan - mitten in Europa. Auch die immer wieder vorgeschlagenen Luftangriffe, selektiv oder nicht, sind keine Lösung. Zu dicht sind die Stellungen der Bürgerkriegsparteien beieinander, zu gut sind die Deckungsmöglichkeiten der serbischen Kräfte, als daß Luftangriffe erfolversprechend wären, unvertretbar die zu erwartenden Opfer unter der Zivilbevölkerung beim Flächenbombardement. Krieg in Jugoslawien ist eben kein "sauberes" Planspiel wie im Irak. Sollte trotz dieser Ausschlußgründe für einen militärischen Einsatz die internationale Volksgemeinschaft zu dem Schluß kommen, sich im zerfallenen Jugoslawien in einen Krieg verstricken zu müssen, so dürfen deutsche Soldaten auf keinen Fall dabei sein. Die schreckliche Geschichte deutscher Soldaten auf dem Balkan verbietet dies.

Da dies so ist, sind Forderungen deutscher Politiker nach internationalen militärischen Einsätzen gegen die jugoslawische Bundesarmee oder für einen Militärschlag gegen die serbischen Freischärler abwegig. Dies gilt umso mehr, wenn man sich selbst aus dem ganzen heraushalten muß.

Sozialdemokraten sind bei Forderungen nach militärischen Kampfeinsätzen der internationalen Gemeinschaft zur besonderen Zurückhaltung aufgefordert. Zu stark wirken die Selbstbindungen des Bremer Parteitagsbeschlusses und dessen Vollzug durch Parlamentsanträge, deutsche Soldaten nach einer Grundgesetzänderung allein als Blauhelme einzusetzen und infolgedessen den Weg nach Karlsruhe zu beschreiten, um dort die Verfassungswidrigkeit des Einsatzes des Zerstörers "Bayern" und der Fregatte "Niedersachsen" feststellen zu lassen. Die furchtbare Lage auf dem Balkan macht viele Emotionen mehr als verständlich. Trotzdem sind gerade beim Einsatz militärischer Gewalt trockene Nüchternheit und tiefe Einsicht gefragt. Diese lassen ein militärisches Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien nachdrücklich nicht zu. Und besonders gilt es die Frage zu beantworten: Was kommt danach? Der Frieden ist dort durch einen Militäreinsatz nicht erzwingbar.

(-/12. August 1992/rs/fr)

Was sind die Fischer Bonn wert?
Zum Erfordernis einer zukunftssträchtigen Fischereipolitik

Von Ilse Janz MdB

Nachdem ich schon mehrfach auf die schwierige Situation der deutschen Fischer hingewiesen habe, habe ich auch nach den Gesprächen mit den Fischereiverbänden in Bremerhaven und Cuxhaven in der letzten Woche den Eindruck gewonnen, daß die bisherige Fischereipolitik der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft weitgehend gescheitert ist.

Es fehlt eindeutig ein längerfristiges Konzept, das den Fischern mit ausreichenden Fangquoten und vernünftigen Bedingungen weiterhilft und auch für die nächsten Jahre genügend Perspektiven vermittelt.

Die Lage der deutschen Fischerei ist ernst bis dramatisch, so daß einige "Problemschiffe" das nächste Jahr nicht überstehen werden, wenn sich zum Beispiel die Situation nicht entscheidend verbessert.

Es ist wirklich nicht erstaunlich, daß bei diesen trüben Aussichten kaum noch Interesse für diesen Beruf besteht.

Nach Aussagen der Fischer gibt es schon jetzt einen großen Nachwuchsmangel.

Das größer gewordene Deutschland muß nach Ansicht der Fischer auch höhere Fangquoten bekommen. Das Versprechen des Bundeskanzlers, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht zu Lasten der Europäischen Gemeinschaft gehen soll, darf aber auch nicht zu einer Benachteiligung der deutschen Fischer führen.

Symptomatisch für diese falsch angelegte Fischereipolitik der Bundesregierung ist für mich ihr Verhalten auf die jüngsten Protestaktionen der Fischer beim Streit um die von der EG verhängte Fangmengenbegrenzung. Zwar wurden auf Grund dieser Proteste die Fangmengen aufgestockt und die Stillegezeiten erhöht, aber nur für 1992.

Was aber passiert 1993, welche weiteren Pläne hat die Bundesregierung? Mit einer Politik, die erst in Krisensituationen reagiert und mit kurzfristigen Maßnahmen läßt sich auf Dauer der deutschen Fischerei nicht helfen.

Wenn mir der zuständige Staatssekretär Walter Kittel im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf meine Bitte nach Hilfen für die deutschen Fischer schreibt, daß 'die derzeitige Lage der Kutterfischerei in der Nordsee zu Sorge Anlaß gibt', dann erwarte ich allerdings auch ausreichende Hilfen, mit denen die Fischer auch über einen längeren Zeitraum hin von ihren Existenzsorgen befreit werden.

Die Fischer, das ließ sich bei allen Gesprächen übereinstimmend feststellen, sind von Bonn und der EG gleichermaßen enttäuscht.

Zwar gelten sie in der EG als Musterknaben, die eine vernünftige Fischbewirtschaftung unterstützen und sich für strengere Umweltvorschriften und Kontrollen einsetzen, doch dies wird weder anerkannt, noch in irgendeiner Weise honoriert.

Im Gegenteil - andere Nationen, bei denen die ständige Überfischung der Bestände zum Alltag gehört, werden von der EG bisher nicht zur Rechenschaft gezogen.

Mit versteckten Laderäumen und gefälschten PS-Zahlen werden die Vorschriften zum Nachteil der deutschen Fischer regelmäßig umgangen.

Besonders verärgert sind die Kutter- und Hochseefischer über die Gammelfischerei der Dänen. Mit sogenannten Staubsaugernetzen, die Maschen der Netze sind nur vier Millimeter groß, werden wertvolle Speisefische und Jungfische in große Mengen gefangen und dann zu Fischmehl für die Schweinemast verarbeitet. Aus Bonn gab es bisher dazu nur Achselzucken und aus Brüssel überhaupt keine Reaktion. Doch hier muß dringend und möglichst schnell Abhilfe geschaffen werden.

Wenn nicht bald die Bedingungen für die deutschen Fischer entscheidend verbessert werden, wird es mit Sicherheit zu weiteren Protesten kommen.

Zu den Hauptforderungen der Fischereiverbände zählen unter anderem:

- ausreichende Fangquoten für die nächsten Jahre (auch Tauschgeschäfte zu. Beispiel mit den Franzosen sollten verstärkt berücksichtigt werden)
- gleiche Bedingungen und Auflagen für alle EG-Fischer, insbesondere bei den Kontrollen
- Aufstockung der Haushaltsmittel von derzeit 17 Millionen DM
- und eine deutliche Aufstockung der Abwrackprämien, damit die Fischer, die aufgrund des totalen Versagens der EG-Fischereipolitik abwracken müssen, einen angemessenen Erlös erhalten.

Es bleibt abzuwarten, ob die Kritik der Fischer bei den verantwortlichen in Bonn und Brüssel auch ein offenes Ohr gefunden hat. Die Gespräche in den nächsten Wochen und Monaten werden zeigen, wieviel der Bundesregierung dieser Wirtschaftszweig wert ist.

(-/12. August 1992/rs/fr)

**Wildwest-Praktiken im Freistaat
Zur Absicht Bayerns, mit "Hilfsheriffs" Sicherheit zu gewährleisten**

Von Prof. Dr. Peter Paul Gantzer MdL

Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion für Polizeifragen

Im Wilden Westen wurden Hilfsheriffs immer dann eingesetzt, wenn das öffentliche Sicherheitssystem zusammengebrochen ist. Die gleichen Gründe stehen hinter den jetzt bekannt gewordenen Absichten der bayerischen Staatsregierung, in Modellversuchen nicht-ausgebildete "Hilfsheriffs" einzusetzen. Statt dem drohenden Sicherheitsnotstand in Bayern durch einen attraktiveren Polizeiberuf entgegenzuwirken, ergeht sich die Staatsregierung in untauglichen Notstands-Manövern, mit denen sie den Polizeiberuf konterkariert, indem sie Mächtegern-Sheriffs in Abendkursen heranzieht.

Die bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erleben derzeit jeden Tag aufs neue, wie sie von der Staatsregierung im Stich gelassen werden. Sie sind schlecht bezahlt. Sie werden schlecht behandelt. Sie schieben über eine Million Überstunden vor sich her. Sie werden fünf Jahre lang nach Belieben im Freistaat herumgeschickt und haben keine Sicherheit, später heimatnah eingesetzt zu werden. Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten wird die Staatsregierung in keiner Weise gerecht. Und jetzt erhalten die Beamten vom Innenministerium auch noch eine Billig-Konkurrenz verordnet. Es muß den bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten hoch angerechnet werden, daß sie nicht längst schon in viel größerem Umfang das Handtuch geworfen haben und für Sicherheit in Bayern sorgen, obwohl die Staatsregierung mit ihrer Personalpolitik reine Demotivation betreibt.

Die innenministeriellen Vorschläge sind bestens geeignet, eine weitere Abwanderungswelle aus dem Polizeiberuf in Bayern auszulösen und junge Menschen von der langjährigen Polizeiausbildung abzuhalten, wenn diese sehen, daß sie Freizeitpolizisten als "Kollegen" bekommen, deren Fähigkeiten, Eignung und Ausbildung in jedem Fall weit hinter den Sicherheitsinteressen letztlich aller Bürger zurückbleiben, deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, den Polizistenberuf attraktiver zu machen und die verfehltete Personalpolitik zu korrigieren. Dazu zählen eine bessere Bezahlung und eine bessere Ausbildung der bayerischen Polizeibeamten, die Besetzung aller bestehenden und die Ausweisung neuer Planstellen sowie endlich die Einführung der zweigeteilten Polizeiaufbahn: Dann hat es die Staatsregierung nicht länger nötig, Freizeitsheriffs zu rekrutieren. Innere Sicherheit ist eine hoheitliche Aufgabe und kein Tumultfeld für Mächtegern-Polizisten, wie sie die Staatsregierung jetzt zur Lösung des selbst verschuldeten Sicherheits-Notstandes einsetzen will.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wird nach der parlamentarischen Sommerpause die neue sicherheitspolitische Spielweise des Innenministeriums im bayerischen Landtag zur Sprache bringen. Ich hoffe aber, daß Herr Stoiber angesichts der massiven Proteste aus den Polizeiberufsvertretungen von sich aus bis dahin selbst wieder zur Besinnung gekommen ist.

(-/12. August 1992/rs/fr)